

Stellungnahme des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes e. V.

zum Entwurf eines GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes (GKV-WSG)
speziell zum Sanierungsbeitrag für Krankenhäuser

Berlin, 23.11.2006

Sanierungsbeitrag für Krankenhäuser gefährdet Versorgungsqualität und Trägervielfalt !

Der Deutsche Evangelische Krankenhausverband lehnt den Sanierungsbeitrag für Krankenhäuser ab:

1. Der pauschal erhobene Sanierungsbeitrag trifft Krankenhäuser besonders hart, die ihre Rationalisierungspotenziale längst erschlossen haben. Das gilt vor allem für kirchliche Krankenhäuser. Auf niedrigem Kosten- und Budgetniveau wurden ihnen seit 1992 die gleichen Einsparungen abverlangt wie Häusern auf hohem Kosten- und Budgetniveau. Betriebskostendefizite in Folge der nicht auskömmlichen Vergütung ihrer Leistungen mussten sie aus Eigenmitteln ausgleichen, da sie weder auf die Möglichkeiten des Defizitausgleichs öffentlicher Träger noch der Kapitalbeschaffung gewinnorientierter privater Träger zurück greifen können. Der resultierende erhebliche Substanzverzehr verstieß gegen Art. 140 GG i. V. m. Art. 138 WRV, der den Bestand kirchlichen Eigentums garantiert.
2. Der Sanierungsbeitrag wird in Verbindung mit den im nächsten Jahr ohnehin zu schulternden zusätzlichen Kostenbelastungen voraussichtlich 8.000 – 12.000 Stellen allein in den 250 evangelischen Krankenhäusern kosten (ca. 5,2 Mrd. € Umsatz, ca. 100.000 Beschäftigte, ca. 3,5 Mrd. € Personalkosten, ca. 300 – 500 Mio. € nicht refinanzierte Kosten). Das herausragende, von der Bevölkerung hoch geschätzte Qualitätsmerkmal kirchlicher Krankenhäuser ist die im Behandlungsprozess umgesetzte und erfahrbare Menschlichkeit und Zuwendung. Der notwendige Personalabbau belässt den verbleibenden Mitarbeitenden dafür weder Zeit noch Raum. Er wird in allen Krankenhäusern zu einer deutlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Versorgungsqualität führen.
3. Der Sanierungsbeitrag bedroht in Verbindung mit den anderen Faktoren die Trägervielfalt. Diese ist jedoch Voraussetzung der Wahlfreiheit der Patienten und Garant einer sozialen, humanen und solidarischen Prinzipien verpflichteten Krankenhausversorgung. Unter den geltenden Rahmenbedingungen wird eine problematische Auslese unter den Krankenhäusern befördert: Die zusätzlichen Belastungen werden einerseits von Krankenhäusern kompensiert werden können, die noch erhebliche Optimierungspotenziale erschließen können. Andererseits werden kapitalstarke, hoch rationalisierte, gewinnorientierte Krankenhäuser die Belastungen auffangen können. Sie werden lediglich ihre Überschüsse reduzieren. Auf der Strecke bleiben vor allem wirtschaftlich arbeitende freigemeinnützige und kirchliche Krankenhäuser mit geringer Eigenkapitalausstattung.
4. Wenn den kirchlichen Krankenhäusern durch den Sanierungsbeitrag notwendige Mittel und Ressourcen für ihre Arbeit entzogen werden, nimmt die Qualität der Krankenhausversorgung und unser Gesundheitssystem insgesamt Schaden: Gerade die kirchlichen Krankenhäuser zeichnen sich durch eine qualitativ hochwertige, patientenorientierte Versorgung aus. Sie stellen den größten Teil der Ausbildungsplätze in den Pflegeberufen zur Verfügung. Vielfach stellen sie die wohnortnahe Versorgung gerade in ländlichen Regionen sicher. Sie wissen sich nach wie vor in erster Linie der Hilfe für Kranke verpflichtet und nicht den Renditeerwartungen ihrer Aktionäre. Sie entziehen dem Gesundheitssystem keine Mittel in Gestalt von Dividenden. Sie investieren erwirtschaftete Überschüsse als Ausdruck ihrer Gemeinwohlorientierung vollständig in die Qualität ihrer Leistungen sowie in den Ausbau und die Sicherung ihres Leistungsangebots.



Deutscher Evangelischer
Krankenhausverband e.V.

Geschäftsstelle
Reinhardtstrasse 18
10117 Berlin
Fon: +49 30.80 19 86 - 0
Fax: +49 30.80 19 86 - 22
sekretariat@dekv-ev.de
www.dekv-ev.de

Im Verbund der
Diakonie 

Stellungnahme des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes e. V.

zum Entwurf eines GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes (GKV-WSG)
speziell zum Sanierungsbeitrag für Krankenhäuser



Forderungen des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes:

Der Deutsche Evangelische Krankenhausverband fordert,

1. auf die Erhebung eines Sanierungsbeitrags für Krankenhäuser zu verzichten und keine der vorgesehenen unterschiedlichen Komponenten – Rechnungskürzung um 0,7 % bei GKV-Patienten, Absenkung der Mindererlösausgleiche auf 20 %, Einbehalt nicht verbrauchter Mittel zur Anschubfinanzierung der Integrierten Versorgung gemäß § 140 d SGB V - einzuführen,
2. angesichts der unerwarteten Steuermehreinnahmen in diesem Jahr die Kürzung des mit dem GKV-Modernisierungsgesetzes beschlossenen Bundeszuschusses aus dem Tabaksteueraufkommen an die GKV zurück zu nehmen; der Bund selbst hat durch diese Kürzung die angespannte finanzielle Lage der GKV massiv verschärft,
3. den Krankenhäusern ausreichende Mittel zur Finanzierung ihrer Leistungen zur Verfügung zu stellen und im Blick auf deren Fortschreibung eine an realen Kostenentwicklungen im Krankenhausbereich orientierte Indexierung einzuführen,
4. Sparbeiträge künftig grundsätzlich nur differenziert von den Leistungserbringern zu fordern und dabei nachgewiesene Wirtschaftlichkeit und hohe Qualität der Leistungserbringung zu berücksichtigen und zu honorieren,
5. dem Gesichtspunkt der Sicherstellung der Trägervielfalt im Krankenhausbereich größeres Gewicht beizumessen.

Weitere Informationen: DEKV-Geschäftsstelle, Verbandsdirektor Norbert Groß
Telefon: 030-801986-0, E-Mail: sekretariat@dekv-ev.de

Der Deutsche Evangelische Krankenhausverband e. V. (DEKV) vertritt als selbständiger Fachverband des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland mit den ihm angeschlossenen rund 250 Krankenhäusern, Fachkliniken, Rehabilitationseinrichtungen und weiteren Gesundheitseinrichtungen in evangelischer Trägerschaft jedes neunte deutsche Krankenhaus. Etwa 100.000 Beschäftigte versorgen im Jahr rund 2 Millionen Patienten.
Vorsitzender: Otto Buchholz, Bad Bevensen, stellv. Vorsitzender: Dr. Udo Krolzik, Bielefeld, Schatzmeister: Gerd F. Wengeler, Duisburg, Verbandsdirektor: Pastor Norbert Groß, Berlin